

Wummel-Putin



Die Frau schreit ihre Wut dem Polizisten ins Gesicht.

Abführen! Widerstand ist zwecklos.



Die Polizei geht unzögerlich um mit Regierungskritikern.

obachter bei der Auszählung Unstimmigkeiten festgestellt. Dabei weiss selbst die Opposition: Der ewige Präsident hätte die Betrügereien wohl kaum nötig gehabt.

Dass er sie beging, ist seine grosse Schwäche. 550 Regierungskritiker nahm die Polizei gestern fest, darunter sollen prominente Putin-Gegner sein.

Thomas Ley



Fotos: AFP, Keystone

Claudine Esseiva, Generalsekretärin der FDP-Frauen, und die Nationalrätinnen Marina Carobbio (SP/TI), Franziska Teuscher (Grüne/BE), Barbara Schmid-Federer (CVP/ZH) und Ursula Haller (BDP/BE, v.l.) gestern in Bern.

en ist erst vester 2011

Chefsache», sagte sie damals. «Werden die Diskriminierungen nicht beseitigt, müssen die Gesetze verschärft werden», warnte gestern Franziska Teuscher.

Die SBB, der viertgrösste Arbeitgeber der Schweiz, propagiert Taten statt Worte. «Lohnungleichheit ist die Spitze der Ungleichbehandlung», sagt SBB-Personalchef Markus Jordi. Die SBB hat deshalb im letzten

Jahr ein neues System eingeführt, mit dem der Lohn geschlechtsneutral für die Funktion festgelegt wird.

Das Beispiel soll Schule machen. «Die Frauen und die Wirtschaft sollen aufgerüttelt werden, endlich zu handeln», brachte CVP-Nationalrätin Barbara Schmid-Federer das Ziel des «Equal Pay Day» aus den Punkt.

Irène Harnischberg

EU will mehr Managerinnen

Berlin – Die EU-Justizkommissarin Viviane Reding macht ernst mit der Frauenquote. Der deutschen Zeitung «Die Welt» sagte Reding, die «gläserne Decke» für Frauen, die in einer Firma aufsteigen wollten, sei «immer noch da». Die Zahlen geben ihr recht: Der Frauenanteil in den Vorständen ist im vergangenen Jahr von 3,4 auf 3,2 Prozent geschrumpft. Reding: «Ich bin kein Fan von Quoten. Aber ich mag die Ergebnisse, die Quoten bringen.» In Frankreich stieg der Frauenanteil dank Quote innert Jahresfrist von 12 auf 22 Prozent. Beim Gesetzesentwurf will Reding die Wünsche der EU-Bürger berücksichtigen.

Viviane Reding ist zuständig für Gleichstellungsfragen.

POLITIK & WIRTSCHAFT

Berset setzt auf neues Aufsichtsgesetz

Bern – Bundesrat Alain Berset lässt Massnahmen prüfen, wie in Zukunft ausserplanmässige Erhöhungen der Krankenkassenprämien verhindert werden können, wie dies die EGK gemacht hat. Verbesserung verspricht sich Berset vom neuen KVG-Aufsichtsgesetz.

Weg frei für Verbot von Streumunition

Bern – Der Bundesrat kann das internationale Übereinkommen über das Verbot von Streumunition ratifizieren. Der Nationalrat hat sein Ja bestätigt.

Schweiz auf Rang acht bei Patentgesuchen

Genf – Die Zahl der internationalen Patentgesuche ist 2011 gegenüber dem Vorjahr um 10,7 Prozent gestiegen. So stark wie seit 2005 nicht mehr, sagt die Weltorganisation für geistiges Eigentum. Insgesamt wurden 181 900 Patente eingereicht. Fast 4000 davon stammen von Schweizer Firmen – Platz acht im Ländervergleich. Den ersten Rang belegen die USA vor Japan, Deutschland und China.

Zahl des Tages

838

Neuwagen

So viele Fahrzeuge wurden im Februar in der Schweiz mehr verkauft als im Vorjahresmonat. Insgesamt waren es 23 255.

Japaner in Trübbach am Drücker

Licht aus für Solar-Industrie?

Nun ist klar, wie viel für das Solar-Geschäft von OC Oerlikon bezahlt wird. Was damit geschieht, bleibt unsicher.

Der Verkauf der Solar-Sparte von OC Oerlikon wirft einen Schatten auf Trübbach SG. Was die künftigen Besitzer aus Japan mit dem Standort vorhaben, bleibt für die 600 Angestellten weiterhin im Dunkeln. Klar ist lediglich: Eine Arbeitsplatzgarantie gibt es nicht.

Die Befürchtungen, dass Tokyo Electron die Arbeitsplätze schnurstracks nach Asien verlagern wird, teilt man beim Verband Swissecleantech aber nicht. Die Japaner hätten ja nicht nur die Technologie gekauft, sondern das ganze Solar-Unternehmen. «Die Mitarbeiter mit all ihrem Wissen kann man nicht auf einen Schlag ersetzen», sagt Nick Beglinger, Präsident von Swissecleantech.

In Trübbach werden ganze Produktionsstrassen für die Massenerstellung von Solarzellen entwickelt. Das Verfahren gilt als technologisch führend. Doch so richtig in Schwung kam das Geschäft bis jetzt nicht. Und nun steckt gleich die gesamte Branche in Schwierigkeiten. Chinesische Solarzellen-Hersteller haben die Preise gedrückt, und in diversen Ländern, auch in der Schweiz, werden Solar-Subventionen gekürzt.

Tokyo Electron scheint sich von all dem nicht beeindrucken zu lassen. «Die Japaner glauben an diese Technologie und verstehen vom Geschäft mindestens so viel wie die früheren Besitzer», sagt Beglinger.



Haben die Japaner in Trübbach SG ein Schnäppchen gemacht?

Foto: ZVG

250 Millionen Franken wollen sie für die Solarsparte von OC Oerlikon zahlen. Es sei ein fairer Deal für alle Beteiligten, sagte Michael Buscher, Chef von OC Oerlikon, gestern.

Vielleicht sind die Japaner aber auch die Gewinner. «Über die Jahre wurde ein Vielfaches des kommunizierten Verkaufspreises in die Solarsparte investiert. Sollte sich die Technologie von OC Oerlikon langfristig durchsetzen, haben die Japaner ein Schnäppchen gemacht», sagt Aktienspezialist Martin Schwab von der Bank Sarasin.

Matthias Pfander

SVPLer verpennen Burkaverbot

Bern – Da haben die SVP-Stände-räte geschlafen: Als gestern im Stöckli die Motion von SVP-Nationalrat Oskar Freysinger (VS) für ein teilweises Burkaverbot zur Debatte stand, fehlte der SVP-Antrag, diese anzunehmen. Damit wurde die Motion ohne Abstimmung gekübelt. «Das ist fahrlässig», ärgert sich Freysinger über seine Kollegen. Dies umso mehr, als er eine «pragmatische Lösung» für ein

Vermummungsverbot vorgelegt habe. «Damit hätten religiöse Grabenkämpfe vermieden werden können.» Nach dem Nein im Ständerat scheint eine neue Volksinitiative für ein Burkaverbot wahrscheinlich. Die Vorbereitungsarbeiten dazu sind bereits im Gang, wie SVP-Nationalrat Walter Wobmann (SO) bestätigt. «Wir haben letzte Woche einen Ausschuss eingesetzt, der nun einen Initiativtext ausarbei-

tet», sagt der Präsident des Egerkingen Komitees, welches bereits die Minarett-Initiative lanciert hatte. Abwarten will das Komitee noch den Entscheid zur Aargauer Ständesinitiative für ein Burkaverbot. Der Ständerat hat sie bereits abgelehnt. Der Nationalrat entscheidet wohl in der Sommersession. Fällt sie durch, ist für Wobmann klar: «Dann lancieren wir die Initiative noch in diesem Jahr.»

Ruedi Studer

Super-Dienstag

Heute kann Romney alles klar machen

Man nennt ihn «Super Tuesday», SuperDienstag: jenen Tag der US-Vorwahl, an dem die meisten Bundesstaaten auf einmal vorwählen lassen. Meist ist danach das Rennen vorbei, weil bei Republikanern und Demokraten der Favorit so viele Staaten und damit Delegierte gewinnt, dass sein Vorsprung nicht mehr einzuholen ist.

Und 2012? Der Republikaner Mitt Romney (64), der 250-Millionen-Manager, liegt zwar nach dem erbitterten Kampf gegen Partei-Feinde wie Ex-Senator Rick Santorum (53) und Ex-Parteiführer Newt Gingrich (68) vorne. Aber die Partebasis wird nicht recht warm mit dem hölzernen Kandidaten.

Darf Romney gegen Präsident Barack Obama (50) antreten?

Gewinnt er heute Nacht weniger als fünf von zehn Vorwahlen, wird er die Zweifler nicht los. Und seine Gegenkandidaten erst recht nicht. So stehen die Chancen: **Ohio:** Punkto Bevölkerungsstruktur gilt der Nordoststaat als «USA im Kleinen». Darum ist ein Sieg für Romney hier wichtig. Der kleinbürgerliche Santorum liegt in Umfragen leicht vorn, Romney holt auf – ein Kopf-an-Kopf-Rennen. **Tennessee:** Im frommen Südstaat siegt der fromme Santorum. **Virginia:** Santorum und Gingrich fehlen auf dem Wahlzettel, weil sie nicht genug Unterschriften sammeln. Also räumt Romney ab.

Oklahoma: Tief im Mittleren Westen, tief konservativ – tiefstes Santorum-Land.

Massachusetts: Romney war einst Gouverneur des liberalen Ostküstenstaats. Und darf mit einem Triumph rechnen.

Idaho: Der Staat mit den meisten Mormonen, nach ihrer Heimat Utah. Sie dürften dem Mormonen

Romney zum Sieg verhelfen.

Georgia: Der Heimatstaat von Gingrich. Er ist klarer Favorit. Verliert er, fliegt er aus dem Rennen.

North Dakota: Bisher keine Umfragen. Santorum kommt auf dem Lande gut an. Aber ihm fehlt – anders als Romney – in diesem Kleinstaat die Organisation. Leichter Vorteil für Romney.

Alaska: Die Heimat von Ex-Vizepräsidenten-Kandidatin Sarah Palin (48) ist unberechenbar. Romney? Santorum? Sogar der Ultraliberale Ron Paul (76) könnte hier noch gewinnen.

Vermont: Ländlich, klein, aber liberale Ostküste. Für Romney und Santorum eine Fifty-fifty-Sache.

Thomas Ley

Anzeige

«Dank Bausparen wird unser Mittelstand gestärkt»

Christophe Darbellay
Nationalrat CVP, Martigny-Croix



JA

zum Bausparen

www.bausparen-JA.ch

Komitee «JA zum Bausparen», Postfach 633, 4410 Liestal